

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Nr. 195.

Halle a. S., Mittwoch, den 28. April.

1909.

Glossen über den Marine-Stat.

(Von einem höheren Seeeoffizier.)

Ein höherer Seeeoffizier macht in der vom Reichstags- abgeordneten Dr. Leonhart herausgegebenen trefflichen Zeitschrift „Fortschritt“ beachtenswerte Glosse über den Marine- Stat, bei dem, wie er behauptet, mancherlei gespart werden könnte. Insbesondere spricht er über die große Höhe der Tafelgelder.

„Bis vor zwei Jahren“, so erzählt er, „erhielt der Chef einer Flotte in den Reichstrigshäfen 30 Mt., in den heimischen Gewässern 36 und im Auslande 60 Mt. täglich an Tafelgeldern. Die Kommandanten der größeren Schiffe 10, 12 und 18 Mark, je nach der Größe, die der kleineren 7,50, 9, 13,50 Mark usw., die Offiziere 3,20, 3,50, 5 Mark. Außerdem ist bekannt, daß jede Welle noch ein Pauschalquantum für Geschütz, Bedienung usw. bezieht, das 8 Mt. pro Tag beträgt. Nun stellte es sich heraus, daß diese Tafelgelder nicht mehr zureichten. Sie wurden sämtlich mit Zustimmung des Reichstages um 1 Mark erhöht.“

Die Frage ist die: Was dies unbedingt nötig? Jeder einigermaßen wirtschaftlich veranlagte Seeeoffizier wird dies nur sehr beschränkt zugeben. Denn jede ökonomisch geleitete Welle mußte nicht unerhebliche Ersparnisse machen, die in die Privatpöckel der Herren liefen. Greifen wir einen Fall heraus. Die Messeeintünfte eines Kreuzer- kommandanten in Ostasien beliefen sich seinerzeit auf 18 Mt. plus 8 Mt., täglich 26 Mark, im Monat rund 780 Mark. Fast allgemein begibt man sich in Ostasien für 2 Dollars — 4 Mt. — täglich beim Einkaufen in Verpflegung. Dies macht im Monat 120 Mark. Auch wenn man sich leicht ver- zehrt, besagt man sicher nicht viel mehr. Wir können dies durch detaillierte Rechnungslage beweisen. Für kleinere Ausgaben, wie Stewarts, Zulagen usw. sind 20 Mark hoch angelegt. Die gesamte Ausgabe für die Verpflegung be- läuft sich also für den Kommandanten auf 140 Mark monat- lich. Das Geschütz ist im Auslande festsitzend, sowohl für die Admirals- wie für die Kommandantenmessen. Rechnen wir für besondere Einrichtungsgegenstände aber noch 40 Mark monatlich, so ergibt dies — da die Kommandantführung meist zweijährig ist, ist der Betrag reichlich angenommen — im Jahre 480, in zwei Jahren 960 Mark. Es bleiben noch immer 600 Mark monatlich übrig... Diners und Bälle müssen gelegentlich im Ausland gegeben werden, selbst im Inland sind sie zuweilen zweckdienlich, nicht zum Vergnügen des Kommandanten etwa! Da man Gesselligkeit am Lande empfindet, muß man sich renanzieren. Diese Renanze kann sich aber in einfachen Grenzen halten, und ist dann viel würdiger, wirkt — freilich nicht auf Selbstpöckel — unent- lichtlich sympathischer. Für die restierenden 600 Mark monatlich läßt sich viel leisten. In heimischen Gewässern genügt alle paar Monate ein einfaches Essen für die Schiffs- offiziere und ihre eventuellen Damen. Wir haben also ge- sehen, daß 600 Mark, abzüglich der Repräsentationskosten, monatlich wohl zu erbringen sind. Auch wenn ich den Wein in Rechnung stelle, so brauche ich höfentlich nicht mehr als 30 bis 50 Mark noch abzugeben. Man sagt nicht zuviel, wenn man annimmt, daß früher die Kommandanten in Ostasien zum Beispiel bequem 400 Mark monatlich auf die Sparkasse legen konnten. Und daß es noch leicht geschieht, wird niemand leugnen. Daß für Admirale diese Beträge sich erheblich höher stellen, ist selbstverständlich.

Der diese Zeiten schreibende Seeeoffizier erblickt in der großen „Sachkenntnis“ und „heterotischen Geschicklichkeit“ der Herren vom Reichsmarineministerium den Grund, warum es dem Reichstag nicht gelingt, hier und an anderen Punkten größere Abträge zu machen. Er wünscht dem Reichstags- diejenige die nötige Sachkenntnis und Schlagfertigkeit. Man wird diesen Wunsch mit ihm teilen.

Deutsches Reich.

Ses- und Personalnachrichten.

Die „Nordd. Allg. Zig.“ meldet: Der Kaiser wird infolge einer Einladung des Kaisers und Königs Franz Josef Mitte Mai zu kurzem Aufenthalt in Wien ein- treffen.

Generaloberst Fehr, v. d. Goltz, Generalinspekteur der 6. Armeeinspektion, Oberleutnant v. Wienstowski, Hofkammersekretär im Kriegsministerium, haben die Garnison verlassen.

Die konservative Partei

und die Finanzreform.

(Das letzte Mittel!)

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Schulorsteher Hermann (der Vertreter Bremens im Reichstags) schreibt in der „Welter-Zeitung“:

Nichts anderes als eine Kriegserklärung ist es, wenn der engere Ausschuß der konservativen Partei am Don- nerstag beschloß, die Reichstagsfraktion aufzufordern, wie

bisher mit aller Entschiedenheit auf ein Zustandekommen der Reichsfinanzreform hinzuwirken, dabei jedoch an Stelle und zum vollen Erfolge einer Ausdehnung der Kassen- oder Erbschaftsteuer auf Kinder oder Ehegatten eine Reichs- wertz- und Wachstumssteuer in Verbindung mit anderen ge- eigneten Besteuerungen vorzuschlagen.

Der Antrag bedeutet wiederum eine außerordentliche Ver- zerschleppung der Finanzreform, und die Mög- lichkeit, dieselbe noch bis Pfingsten unter Dach und Fach zu bringen, ist damit auf ein Minimum gesunken. Besteuerter nennt die Besteie die Wertzuwachssteuer auf Immobilien und Wertpapiere. Nun, eine Besteie- steuer im landläufigen Sinne ist das gewiß nicht. Was für eine feuerrechtlich Angelegenheit, Immobilien und Wertpapiere steuerlich gleichmäßig erfassen zu wollen!

Die Herren verstehen trefflich zu rechnen. Flugs fin- den sie heraus, daß der „unveredelte“ Wertzuwachs in den Großstädten die Summe von 300 Millionen, in den kleinen und Mittelstädten 270 Millionen, auf dem Lande 100 Mil- lionen beträgt. Woher weiß man denn das? Man nimmt eben an, daß in Großstädten der Wertzuwachs der Grund- stücke in 25 Jahren 50 v. H. beträgt. Wo sind die statistischen Unterlagen dafür? Die gibt es eben nicht. Alle Kom- munen, in denen die Wertzuwachssteuer auf Immobilien eingeführt haben, tappten gerade bezüglich dieses Punktes im Dunkeln und überschätzten infolgedessen in sehr vielen Fällen den Ertrag. Das spricht nicht gegen die Wertzu- wachssteuer an sich, das spricht aber sicher da gegen, sie an Stelle der geplanten erweiterten Erbschaftsteuer einzuführen und einen bestimmt fixierten Betrag aus ihr ziehen zu wollen.

„Die Steuerfische werden nach der Besitzzeit derart abge- stuft, daß für jedes Jahr der länger als einjähriger Besitzzeit 1/4 des Höchstwertes abgerechnet wird.“ Darin liegt ein beachtenswerter Kern. Der Grundstücks- und Wert- papierer wird auf diese Weise mit dem höchsten Steuerfuß getroffen, während alle anderen Fälle, je nach der Dauer des Besitzes, mit einem geringeren Betrage getroffen werden sollen. Einmal wird dadurch aber der Ertrag der Steuer nach weiten- hin herabgemindert, zum andern wird wieder der städtische Immobilienbesitz härter getroffen als der länd- liche. Wenn es richtig ist, wie in der Begründung des kon- servativen Antrages behauptet wird, daß der großstädtische Immobilienbesitz durchschnittlich alle zehn Jahre, der klein- und mittelstädtische alle 15 Jahre und der ländliche alle 25 Jahre wechselt, so ist klar, daß der „unveredelte“ Wertzu- wachs in den Großstädten durchschnittlich mit 1/20, in den Mittelstädten mit 1/15 und auf dem Lande mit 1/10 getroffen werden würde. Ein echt agrarischer Pferdefuß!

Die Berechnung des Ertrages der Steuer aus Wert- papieren ist einfach phantastisch. Nimmt man an, daß die Durchschnittszinse dieser Papiere in den fünf- bis sechs- jährigen Perioden des wirtschaftlichen Aufschwunges um etwa 30—40 v. H. steigen, und rechnet man zwei Jahre des Stillstandes und des Sinkens der Kurse hinzu, so würde in dieser achtjährigen Periode auf jedes Jahr ein durchschnitt- licher Wertzuwachs von etwa 40 : 8 = 5 v. H. kommen. „Und auf solches „Mitt m a n a n“ will die konservative Partei eine Finanzreform aufbauen!“

Damit ist die Besteie mit ihren Vorwürfen aber noch nicht am Ende. Eventuell schlägt sie eine Reichs- wertz- und Wachstumssteuer von 1/2 v. H. für Immobilien vor und greift damit ganz ungeniert ein in die einzelstaatlichen und kom- munalen Finanzverhältnisse. Ende gut, alles gut, hat sie noch eine Versicherung für das mobile Kapital in petto. Der Umsatzsteuer für Wertpapiere kann ohne Schaden — meint die konservative Partei — von 0,3 v. H. auf 1,8 v. H., also auf den sechsfachen Betrag, erhöht werden! Daß dadurch der Handel mit Wertpapieren an deutschen Börsen unter- bunden, und daß derselbe ins Ausland verziehen werde, auf den Gedanken scheint keiner der Herren gekommen zu sein. Schmerzlich würde ihm die bestliche Besteie dazu ver- stehen, eine Last von 70 Millionen zu übernehmen.

Gestern abend 8 Uhr fand eine Konferenz der Führer sämtlicher bürgerlichen Parteien in dem Schachsekretär Sydow statt. Von dem Verlauf dieser Verhandlungen wird es vermutlich abhängen, ob die Beratung der Wertzuwachssteuer in die Durch- beratung der Branntweinsteuer vorlage einbezogen werden wird.

Die Besoldung der Reichsbeamten. Die Budgetkommission des Reichstages begann gestern die Spezialberatung des Besoldungsge- setzes. Abg. Erberger hat seine ursprüngliche Antrags- druckfassung zurückgezogen und durch eine neue ersetzt, die in einer Reihe von Bestimmungen von der ersten abweicht. So hat er die Bestimmungen, daß die wöchentlichen Be- züge in 12 Renteinstufen, die in der Besoldungsordnung für männliche Beamte vorgesehen sind, drei Viertel der für männliche Beamte vorgesehenen Höhe und Wohnungsgeld- zuschüsse nach Klasse 5 erhalten sollen, fallen gelassen und statt dessen eine Bestimmung aufgenommen, die die Post- und Telegraphenbeamten bei der Anre- chung der Diätarbeitszeit unangeführt stellt als die männ- lichen Beamten. Zum Schluß der Sitzung nahm die Budget- kommission des Reichstages den Paragraphen 9 an, der lautet: „Soweit die Gehälter nach Diätarbeitsstufen ge- regelt sind, sollen die Alterszulagen von drei zu drei Jahren bis zur Erreichung des Höchst- gehalts bewilligt werden, und zwar von dem ersten Tage desjenigen Kalenderjahres ab, in dem die Beamten sich drei Jahre in einer Gehaltsstufe befinden oder

in vorhergehenden Kalendervierteljahre befunden haben. In dem vorgeschlagenen §§ 12 und 13 erklärt der Antrag- steller, daß sie mit der wichtigsten des Besoldungsgesetzes seien. Es sollen durch sie den Beamten erhöhte Rechts- garantien gewährt werden. Der Reichs- schatzsekretär stimmt zu.

Allgemeine Mitteilungen.

— Aus München wird gemeldet: Erzbischof Dr. von Stein wurde von einem Schlaganfall getroffen und links- seitig gelähmt.

— Die Mafseier in Berlin wird in dem be- kannten Rahmen stattfinden. Die sozialdemokratische Partei hat für Groß-Berlin 76 Nachmittags- und Abendveranstal- tungen anberaumt.

— Der Damen- schneider- und -schneiderin- nenkreis in Köln, der erst vor einigen Wochen be- gelegt war, ist erneut ausgebrochen, da die Streikenden in dem Umfange, daß einige Schneiderinnen bei einer Firma nicht wieder eingestellt wurden, eine Maßregelung erlitten. Heute vormittag beschloß eine zahlreich besuchte Versamm- lung, sofort in den Ausstand einzutreten.

Heer und Flotte.

Marine-Nachrichten. Laut Meldung des „Reichsan-“ zit „M.S. „Poreen“ am 24. April von Messina nach Kon- stantinopel in See gegangen.

„M.S. „Seeadler“ ist am 24. April in Lindi ein- getroffen und geht heute von dort nach Zanzibar in See.

„M.S. „Zukunft“, „Vorwärts“ ist am 24. April von Hankau abgegangen, an demselben Tage in Kufang ein- getroffen und geht heute von da nach Yalu ab.

„M.S. „Stettin“ und „Lübeck“ sind vorgestern in Malaga eingetroffen und legen nach Kohlenübernahme die Reise nach Malta fort.

Deutscher Reichstag.

249. Sitzung vom Dienstag, den 27. April.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Rieberding. Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Die kleine Zivilprozess-Novelle.

Die Beratung wird bei den Bestimmungen, die die Zivil- prozedur betreffen, fortgesetzt und zwar bei den Punkten, die den Eid und die Eidesformel behandeln.

§ 392 hat folgende Fassung: Die Beweigung erfolgt nach der Vernehmung. Mehrere Zeugen können gleichzeitig bezeugt werden. Die Eidesornot geht dahin, daß der Zeuge nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt, nichts verschwiegen und nichts hinzugefügt habe.

Ein Antrag Kirch (Str.) fordert eine Einschränkung dahin, daß der Zeuge nur zu bezeugen hat, daß er nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe.

§ 410 handelt vom Sachverständigen-Eid, der in entsprechender Fassung abgegeben werden soll.

Die Eidesformel regelt § 481. Danach spricht der Richter die Eidesornot mit der Eidesformel vor: „Sie schwören bei Gott den Allmächtigen und Allwissenden! Der Schwurpflichtige spricht darauf: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Der Antrag Kirch wird nach kurzer Debatte angenommen. Die anderen Bestimmungen über die Form des Eides werden nach den Kommissionsbeschüssen genehmigt.

Ein Antrag Blahö (fr. Bp.) will bei der Eidesformel die Weglassung der religiösen Beteuerungsformel ge- fassen.

Abg. Wölsch (fr. Bp.).

Aus sittlichen und religiösen Gründen muß eine Gewissensnot bezeugt werden, die beim Eide sich bemerkbar macht. Die religiöse Beteuerungsformel darf niemandem aufgegeben werden. Es gibt keinen unmoralischeren und schimpflicheren Zustand als den Gewissenszwang auf religiösem Gebiete. Die große Frage, die in ausgenommenen Fällen wandelt, empfindet davon freilich nicht viel, wohl aber der denkende Mensch, den man bewußt zum Lügner humpelt. Dieses System spricht allen Grundbrägen der Sittlichkeit fehn. Das Zentrum muß uns aufstimmern, denn es betont ja immer, daß es jeden Glaubenszwang verabscheut. Hier gilt es für's Zentrum: wie Rhodus! wie salta! Warum entspricht man den Wünschen der freireligiösen Gemeinden nicht? Der Fall des Predigers Tschirn in Breslau gereicht diesem Name nur zur Ehre. Die Anrufung des Namens Gottes hält denjenigen, der einen Meineid leisten will, nicht davon zurück. Den Monotonen und den Herrnhutern in der Provinz Hannover erläßt man ja auch die religiöse Beteuerungsformel. Was diesen orthodoxen Gekken recht ist, sollte den Freidenkern billig sein. Die Minoritäten müssen geschützt werden.

Abg. Heinze (ntl.).

erklärt als Berichterstatter, daß in der Kommission die ganze Frage nicht behandelt worden sei. Ein Eid ohne die Anrufung Gottes sei kein Eid. Die Monotonen üben, lassen auch keinen Eid, sondern geben an Stelle des Eides eine entsprechende Erklärung ab.

Abg. de Wit (Str.).

Wir lassen uns auf die ganze Sache nicht ein. Jedenfalls ist der Antrag Wölsch in der vorliegenden Form für uns unan- nehmbar.

Abg. Schrader (fr. Bp.).

Die Herren vom Zentrum machen sich die Sache sehr leicht. Warum wollen Sie den Antrag nicht annehmen? Soll jemand

der die religiöse Beteuerungsformel nicht gebrauchen will, erst Remonit werden, um davon entbunden zu werden?

Staatssekretär Dr. Niederberg:

Den Wünschen des Antrages Abisch können wir nicht nachgeben. Er ist für uns unannehmbar. (Beifall rechts und im Zentrum.) Die Frage der Befestigung des religiösen Eides hat schon oft eine große Rolle gespielt. Aber auch der Reichstag hat sich bisher stets für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes ausgesprochen. Ich glaube, es wäre nicht gut, an dem alten, im Volke fest eingewurzelt Anschauungen zu rütteln. (Beifall rechts u. i. Ztr.) Es gibt in Deutschland eine Anzahl Menschen, die sich als Freidenker bezeichnen. Aber die weitaus größte Zahl der Deutschen hält an den alten Anschauungen fest und will keine Veränderung. Wenn der Eid wirklich eine Bedeutung haben soll, dann muß er auch seinen religiösen Inhalt haben. Wenn Sie den Eid zu einem bürgerlichen *Réserwa* machen wollen, dann verflüchtigen Sie sich an dem alten Glauben, an dem das deutsche Volk noch festhält. (Beifall rechts u. i. Ztr.) Wenn gesagt werde, man solle doch nicht jemanden zur Eide zwingen, so sage ich: Ich es nicht auch eine Frage, wenn jemand nicht an Gott glaubt und doch einer religiösen Gemeinschaft noch angehört. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir den unwandelbaren Charakteren die Möglichkeit geben, sich dem religiösen Eid zu entziehen, so werden die falschen Auslagen sich ganz erheblich vermehren. (Sehr richtig! rechts.) Das müssen wir verhindern. Nehmen Sie darum den Antrag ab. (Beifall.)

Abg. Franz-Mannheim (Soz.):

Stimmen Sie ihm aus Gründen der Toleranz und der Gerechtigkeit zu.

Abg. Kirch (Ztr.):

Die ganze Sache ist zu bedeutend, als daß wir sie jetzt im Sandumdrehen erledigen könnten.

Abg. Overling (ntl.):

Es handelt sich um eine sehr zarte Frage unseres Innenlebens. Auch für mich ist der Antrag in der vorliegenden Form nicht annehmbar.

Abg. Nölde (wirtsch. Bgg.):

Die ganze Frage gehört nicht in den Rahmen der vorliegenden Novelle. Den religiösen Eid halten wir für notwendig.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Es handelt sich um eine ernste Weltanschauungsfrage, die gelöst werden muß. Hier ist jetzt die beste Gelegenheit, Toleranz zu üben. Wo bleibt da das Zentrum, die Partei des Toleranzantrages? Wenn Sie im Plenum die Materie nicht behandeln wollen, so wollen Sie die betreffenden Bestimmungen nochmals in die Kommission zurück. Wir werden unseren Antrag immer wieder einbringen.

Abg. Schulz (Sp.):

Eine Rechtspflege ist unmöglich ohne eine genaue Erforschung der Wahrheit. Den Zeugen gegenüber muß aber der schärfste Zwang angewendet werden, um die Wahrheit zu erforschen. Das ist nur möglich mit Hilfe eines Eides, bei dem der Name Gottes angerufen wird. Der religiöse Eid ist zur Aufrechterhaltung der Rechtspflege notwendig. (Beifall.)

Abg. Abisch (fr. Sp.):

Man hat nur fadenhörnliche Gründe gegen unseren Antrag vorgebracht. Sehr interessant ist die Stellung des Zentrums, das doch eigentlich mit allen zehn Fingern nach dem Antrage greifen sollte.

Nach einer kurzen Gefühlsordnungsrede über die Frage, inwiefern der Richter gegenüber mit Anträgen Stellung nehmen darf, die der Kommission nicht vorliegen, werden die freigelegten Anträge abgeleht und die Kommissionsbeschlüsse aufrecht erhalten.

Ein Antrag Schulz (Sp.), der sich gegen die Zusageertragung kleiner Hypotheken (unter 300 Mark) richtet, wird angenommen und er auf die Zivilprozessordnung besigliche Absicht der Novelle erledigt.

Der vierte Abschnitt der Novelle, betreffend die Gebührenordnung für Rechtsanwält, erklärt durch Annahme eines Antrages (Soz. u. Ztr. Sp.) über die Kommissionsbeschlüsse hinaus eine Verbesserung zugunsten der Anwälte. Artikel 8 des Steuererzeugenentwurfs gab den Landesjustizverwaltungen die Möglichkeit, Richter innerhalb dreier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes unfreiwillig zu versetzen. Diese Durchbrechung des Grundgesetzes der richterlichen Unabsetzbarkeit und Unversetzbarkeit wurde in der Kommission grundsätzlich beibehalten, aber mit Rücksicht auf bayerische Verhältnisse, wo die Stagnation in der Richterlaufbahn der Verwaltung die Befugnis mindestens zweifach ausgedehnt, angenommen, unter Befristung auf ein Jahr und auf die Verlegung innerhalb des Landesgerichtsbezirks. Von einer Reihe nicht-bayerischer Abgeordneter liegt jetzt ein Antrag auf Streichung des Artikels 8 vor, wegen des bayerischen Zentrum einen Antrag von Frh. v. Freyberg einbringt, der den Kommissionsbeschlüssen aufrecht erhalten will unter Befristung auf den Bezirk des Landesgerichts. Nach längerer Aussprache, in der besonders die Abg. de Witt (Ztr.) und Dr. Goetz-Hoffein (ntl.) die grundsätzlichen Bedenken gegen die Durchbrechung des Grundgesetzes der Unversetzbarkeit der Richter betonen, während auf der anderen Seite der bayerische Bundesratsvertreter, der Staatssekretär Dr. Niederberg sowie die Abg. Dr. Wagner (son.) und Groeber (Ztr.) die Befürworter für unbedingt erklären und praktisch-finanzielle Gründe anführen, wird der Antrag v. Freyberg angenommen.

Der Rest der Novelle wird unverändert angenommen. Ebenso die beiden Resolutionen der Kommission über die Anwaltsgebühren. Damit ist die zweite Lesung der Zivilprozessnovelle erledigt.

Mittwoch 2 Uhr: Sicherung der Bauforderungen; Gerfenzollordnung. Schluß 6 1/2 Uhr.

*

Die Beschlusseskommission beriet gestern den § 35. Der Absatz 4 erhielt auf nationalliberalen Antrag unter Annahme von Abänderungsanträgen der Sozialdemokraten und vom Zentrum folgenden Wortlaut: „Durch Beschluß des Reichstages können Anträge von Mitgliedern des Reichstages auch in Abweichung von der im Absatz 3 bestimmten Reihenfolge und gegen den Widerspruch der betreffenden Antragsteller auf die Tagesordnung gestellt werden. In diesem Falle findet die Frist des § 22 Abs. 2, („frühestens am dritten Tage“) keine Anwendung. Sind auf Grund dieser Bestimmung in Abweichung von der in Absatz 3 bestimmten Reihenfolge Anträge auf die Tagesordnung gestellt worden, so scheiden die Anträge dieser Antragsteller von der nächsten Sitzung an aus der Reihenfolge der Initiativanträge aus.“

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom 27. April.

Am Ministertisch: Meier. Präsident v. Kröner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf.

Die Kommission empfiehlt, der Erweiterung zuzustimmen.

Abg. v. Brandenstein (son.):

Wir stimmen der Erweiterung im allgemeinen zu, lehnen aber die Eingemeindung von Himmelgeist in Düsseldorf ab, da wir keinen Grund sehen, weshalb diese Randgemeinde von der Landkarte verschwinden soll.

Abg. Ding (Ztr.):

Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu.

Abg. Dr. Beumer (ntl.):

bedauert, daß außerhalb des Hauses in die Eingemeindungsfrage ein persönlicher Ton hineingetragen worden ist. So habe man behauptet, der Vorsitzende der Gemeindefunktion, Abg. Hausmann, habe sich bei einem Besuch der Gemeinden als Graf Spee bezeichnet. (Heiterkeit.) Mein Freund Hausmann lehnt entschieden jede äußere und innere Verflechtung mit dem Grafen Spee ab. (Große Heiterkeit.) Herr Hausmann erklärt es als lächerliche Erfindung, daß er sich eine Verwechslung mit dem Grafen Spee habe gefallen lassen.

Abg. Marx (Ztr.):

Das Dementi des Abg. Hausmann ist verständlich; so groß brauchte es aber nicht zu sein.

Die Vorlage wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Kultusetat.

Die zweite Lesung des Kultusetats wird fortgesetzt bei der allgemeinen Aussprache zum Titel „Ministergehalt“.

Abg. Hoff (fr. Sp.):

bedauert die Entkränkung des Ministers Holle, dem die Lehrerschaft tiefgehende Teilnahme entgegenbringt. Herr Holle habe es verstanden, in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit sich das Vertrauen der Lehrerschaft zu erwerben. Der Redner fordert ein selbstständiges Unterrichtsministerium. Der Schulwegen habe zwar nicht stillgefallen, müsse aber in vieler Beziehung noch schneller gehen. Die Ortschulinspektoren erbringe sich, wenn hauptamtliche Kreis- und Inspektoren angestellt seien. Es muß ein ganz anderes Tempo bei der Errichtung hauptamtlicher Kreis- und Inspektoren eingeschlagen werden. Die höheren Löhler läßt man zu den Universitäten zu, nicht aber die Lehrer, trotz aller Seminar- und Mittelschullehrer- und Rektorskategorien. Hier heißt Preußen heißt das. Warum verlangt man den in die Schuldeputation gewählten Sozialdemokraten die Befähigung, wie erst kürzlich wieder in Frankfurt a. M.? Das ist kein großzügige Durchführung des Schulunterrichtsgesetzes. Der Fall Wabbling ist charakteristisch. Den Ausführungen der Abg. Eißhoff und Hadenberg über diese Angelegenheit konnten die Regierungsvertreter nichts rechtes erwidern. Da merkt man nichts von der versprochenen großzügigen Durchführung des Schulunterrichtsgesetzes. (Sehr richtig! links.)

Ministerialdirektor Schwarzlopp:

Die Schuldeputationen haben Anteil an der staatlichen Schulaufsicht. Infolgedessen ist es nicht möglich, Sozialdemokraten zur Teilnahme zu berufen. Das hat mit dem Schulunterrichtsgesetz nichts zu tun. Von der endlich erreichten Aufhebung der Lehrergehälter erhoffen wir eine ausreichende Vermehrung des Lehrernachschubes. Die Gegenläufe zwischen abentemlich und seminaristisch gebildeten Lehrern an derselben Lehranstalt werden sich nie ganz beseitigen lassen. Wichtig ist natürlich, daß man Lehrkräfte nicht nach der Art der Vorbildung, sondern nach ihrer pädagogischen Tüchtigkeit bemerkt.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Aus dem Unterrichtsministerium muß ein Kulturministerium, aus dem Kultusetat ein Kulturetats werden. Für die Jugend ist uns nichts zu teuer. Diesen Standpunkt muß jeder denkende Mensch innehaben. (Heiterkeit.) Warum laden Sie denn? Wenn Sie sich nicht dazu rechnen, brauchen Sie nicht zu laden. (Große Heiterkeit.) Wir verlangen ein Reichsgesetz. Jedem sollte der Weg zur höchsten Bildung offen stehen. Die Rechte will das nicht. Sie sagt, sie will nicht, daß jeder Arbeiterlöhler, jeder Bauernlöhler die Universität besuche. Auch wir wollen nicht, daß jeder Arbeiterlöhler und Bauernlöhler ...

Präsident v. Kröner:

Ich bitte doch, die Arbeiter nicht zu beleidigen. (Stürmische, langandauernde Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (fortfahrend):

Ich freue mich, daß der Präsident Vernehmung einlegt gegen diese Ausdrücke, die ich in der konservativen Presse gefunden habe. Wir brauchen keine Wunderfinder, die mit Kinematographen geschwindigkeit in Strahlung den Doktor machen. Fort mit dem Religionsunterricht aus der Schule! Man wollte mich zwingen, meine Kinder in den Religionsunterricht zu schicken. Ich habe mich aber zu helfen genügt. (Heiterkeit.) Ich habe sie auf der Realschule gegeben. (Erneute Heiterkeit.) Wie kann man ein Buch wie die Bibel in der Schule dulden? Der Redner zählt eine Reihe von Kapiteln aus dem Pentateuch auf. Als er von dem Rebsweid Abrapsams und der Preisgabe der Töchter Lots redet, werden stürmische Schlußrufe laut. Es ist ein Skandal, solche Bücher in der Schule zu verwenden. (Große Ironie.)

Präsident v. Kröner ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Hoffmann:

Man will jetzt den Religionsunterricht auf 5 Stunden wöchentlich erhöhen. Das ist die neueste Forderung der Orthodoxie, die ihr Hauptquartier im Kultusministerium hat. Die Liberalen können da nicht helfen. Sie stehen noch unter der Spinnweb des Blödsinnigen. (Große Heiterkeit.) Der Redner wendet sich dann gegen die Konfessionsschule. Die Bildung für diese Welt ist die Hauptfrage. (Große Heiterkeit.) Für die Schule gilt immer noch der Grundsatz: Die Furcht des Herrn ist der Weisheit Anfang! (Sehr richtig! im Ztr. und rechts.) Der Erlaß der Firma Holle in Sachen der Nichtbefähigung von Sozialdemokraten in die Schuldeputationen ist ein trauriges Ausnahmegericht. Auch freireligiöse werden nicht immer bestätigt. Früher forderten liberale Männer die Trennung von Kirche und Staat. Heute finde die Liberalen nicht mehr dafür zu haben. Nicht wahr? Herr Casell? (Abg. Casell: Neben Sie doch nicht solche Unwahrheiten!) Sie treten heute nicht mehr offen dafür ein. Streuen Sie Wisse auf Ihr Haupt und machen Sie eine Bittprozession zum Denkmale von Schulze-Delbig. (Große Heiterkeit.) In der Furcht für die Volksschule ist uns selbst Galtien über! Für einen Hengstfall in Trakehnen hat man mehr übrig, als für eine Schule. Auf einen Hengst kommen an Baukosten 1000 Mark, auf ein Schulkind nur

der dritte Teil. Vor den Schülern haben die Pferde den Kopf. Der Redner fordert Unentgeltlichkeit des Unterrichts bis zur Unversität und unentgeltliche Verpflegung aller Schüler in öffentlichen Schulen, damit auch die Reichen an schlechte Kost gelangen werden und nicht die Gasse als Almosen für die Armen ganz egal, nachdem wir erfahren haben, wie und in welchem Zustande man 1/2 Uhr nachts Minister wird. Zur ein gründliche Spinnenweben kann helfen. Nehmen Sie die Willkür, die Schulen in Meer, Glotte, Kolonien und Anhebungscommission hinein, fassen und lassen Sie dafür Lehrer an; verwenden Sie das Geld für die Volksbildung. (Heiterkeit.)

Ministerialdirektor Schwarzlopp:

Der Vorredner hat diese wichtigen Angelegenheiten in einer so an der Oberfläche haltenden agitatorischen Art vorgetragen, daß ich namens der Staatsregierung auf eine Antwort verzichte. (Stürmischer Beifall bei der Heiterkeit.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Herrnhäuser.

6. Sitzung vom Dienstag, 27. April 2 1/2 Uhr.

Das Haus ist gut besucht, die Tribünen sind überfüllt.

Am Ministertisch: Frh. v. Rheinbaben. Präsident Frh. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung der Bericht der Kommission über den Personalbestand des Herrnhäuser, der vom Grafen von Hutten-Czapski erstattet wurde.

Dann wurden die

Befehlsvorlagen

in zweiter Lesung behandelt. Von einer Generaldiskussion wird auf Vorschlag des Präsidenten Freiherrn von Mantuffel Abstand genommen, jedoch soll später, wenn sich im Laufe der Verhandlung das Bedürfnis herausstellt, nochmals eine Generaldiskussion im Plenum stattfinden.

Zuerst wird das Herrnhäuserbefehlsgesetz für die evangelischen Geistlichen beraten, der Antrag der Kommission lautet auf unbedingte Annahme in der Fassung des Abgeordnetenhauses. Berichterstatter ist Graf von Hohenthal-Döhlen. Das Gesetz wird ohne Erörterung unverändert angenommen. Es folgt die Beratung des Herrnhäuserbefehlsgesetzes für die katholischen Geistlichen.

Fürbischöpfung Kardinal Dr. von Kopp dankt dem Professor Löning für sein Eintreten im Interesse der Stillschließung beider Konfessionen und beantragt ein bloc-Akademie des Gesetzes.

Das Gesetz wird unverändert angenommen. Es folgt die Beratung der

Befehlsvorlagen.

Finanzminister Frh. v. Rheinbaben:

Ehe wir in die schädliche Beratung der Vorlage eintreten, bitte ich um die Erlaubnis, namens der Staatsregierung eine kurze Erklärung abgeben zu dürfen. Am Sonntag vor 8 Tagen hat in Berlin, von einem interessierten Zeitungsunternehmen veranlaßt, eine große

Berufung von Beamten

statgefunden, die sich mit der Befehlsvorlage und dem Verhalten der Regierung und des Abgeordnetenhauses und Herrnhäuser gegenüber der Befehlsvorlage beschäftigt hat. Ich glaube, wir werden alle darin übereinstimmen, daß den Beamten das Recht nicht beschränkt werden soll, ihre Interessen zu vertreten, und daß wir auch ein freies Wort der Kritik gern gestatten wollen, aber die Form, wie dort an der Vorlage der Staatsregierung und an dem Verhalten des Abgeordnetenhauses und Herrnhäuser Kritik geübt ist, muß als durchaus unangehörig und unzulässig bezeichnet werden. (Sehr richtig! und lebhaftes Bravo!) Ich muß es absehen, alle die unrichtigen Behauptungen, die in jener Versammlung aufgestellt sind, hier im einzelnen richtig zu stellen. Nur eins möchte ich hier berühren. Es ist in jener Versammlung behauptet worden, ich sei der Erfinder der Idee, die Reichsfinanzreform mit der Befehlsvorlage zu verknüpfen. Ich bin keineswegs der Erfinder dieser Idee. Andererseits liegt es aber doch auf der Hand, daß wir im Reich eine Reform der Befehlsvorlage mit einer Ausgabe von 100 Mill. nicht machen können, ohne für die Dedung zu sorgen; denn daß die Befehlsvorlage Anleihen zu decken ist, ist doch eine Theorie, die bei allem Wohlwollen für die Beamten doch nicht akzeptabel ist. (Sehr. Sehr richtig!) Mit welchen Mitteln man verfährt hat, die Erzeugung zu fördern, dafür einige Daten. Beispielsweise wurde behauptet, die Staatsregierung, insbesondere ich hätte das Abgeordnetenhaus vor höheren Bemessungen dadurch zu schrecken gesucht, daß ich mit einer sehr großen Erhöhung der Einkommensteuer gedroht hätte, während tatsächlich nur eine Erhöhung der Einkommensteuer in Höhe von 5-7 Proz. erfolgt ist.

Es handelt sich nicht um eine Erhöhung von 5-7 Proz., sondern um eine solche von 25 Proz. Volkommen unzutreffend ist auch die Behauptung, die Gehälter der Beamten sollten nur um 7 Proz. erhöht werden. Wie kann man eine solche Behauptung aufstellen angesichts der Tatsache, daß die Gehälter der oberen Beamten um 7 Proz., die der mittleren um 15 Proz. und die der unteren um 20 Proz. erhöht sind. Dazu kommt noch der Mehraufwand für den Wohnungsgeldzuschuß mit nicht weniger als 23 Mill. Alle solche Behauptungen prägen alle glatt ab an unserem guten Gewissen. Wir haben unser Wohlwollen für die Beamten nicht nur mit Worten, sondern mit Taten bezeugt. Ich darf darauf hinweisen, daß, wenn wir die Gehaltsaufbesserungen von 1906/07 zu den jetzigen hinzuzählen, wir für die Aufbesserung der Beamten, Lehrer und Geistlichen nicht weniger als rund 200 Mill. aufgewendet haben. (Lebhaftes Hört, hört!) An dauernden Ausgaben haben wir von 1906 bis jetzt die Kleinigkeit von 150 Millionen. Naturgemäß können wir die enormen Aufwendungen nicht aus laufenden Mitteln decken. Die Erhöhung der Einkommensteuer beweist, daß die breiten Kreise unserer Bevölkerung dazu beitragen müssen, um diese an sich gerechtfertigten Aufbesserungen der Beamten zuteil werden zu lassen, und da wir den großen Betrag nicht durch Erhöhung der Einkommensteuer decken konnten, werden wir in unserer ganzen Staatswirtschaft die Rückwirkungen dieser erheblichen Aufbesserungen zu spüren haben. Wir werden durch magere Jahre hindurch gehen müssen, wir werden uns auf den verschiedenen Gebieten einschränken müssen, um diese hohen Auf-

wendungen für die Beamten im Staatshaushaltsetz allmählich zum Verschwinden zu bringen. Zu diesen Aufwendungen in Preußen kommen im Reich Aufwendungen von über 100 Millionen, so daß allein im Reich und in Preußen etwa 250 Mill. Mark die Mehrausgaben für die Aufzucht der Beamtengehälter vorhanden sind, und selbst damit ist das Maß der Leistungen gar nicht erschöpft, denn die Kommunen müssen dem Vorgesetzten des Reichs und des Staates folgen. Es kommen sehr bedeutende Lasten hinzu. Ich führe Ihnen das an, um zu beweisen, in welchem Maße die Gesamtheit unserer Bevölkerung dazu beitragen muß, um die Aufzucht der Beamtengehälter zu bewirken, und wie sehr daher die Beamten Belastung haben, in ihren Forderungen nicht über das Maß des Berechtigten hinauszugehen. (Beifalls Zustimmung.)

Zu den Vorwürfen gegen die Staatsregierung kommen — das ist das schwerwiegendste — Vorwürfe gegen das Abgeordnetenhaus und gegen dieses Haus. Man hat davon gesprochen, daß im Abgeordnetenhaus ein Antibeamtentum sich gebildet habe, dem alle Parteien mit Ausschluß der Sozialdemokratie angehört hätten. Ich muß entschieden protestieren gegen eine derartige Behandlung eines Teiles des Landtages durch einen Teil unserer Beamten einlegen. (Beifall.) Wenn die Beamten, die die Verführten in diesem Falle sind, glauben, auf diese Weise einen Druck auf die Regierung oder auf den Landtag üben zu können, so haben sie die Rechnung ohne die Wirt gemacht. (Stürmischer Beifall.) Aber diese Beamten haben sich vor allem veründigt gegen den guten Geist unseres Beamtenamts. (Beifalls Zustimmung.) Ich muß im Interesse des Gros der Beamtenschaft, das mit Stolz noch die alten Traditionen des Beamtenamts pflegt, dagegen Einspruch erheben, daß der Ausdruck dieser Gewinnung etwa als der Ausdruck des Gros unserer Beamtenschaft betrachtet wird. Gottlos und sehr nach dem Gros unserer Beamtenschaft Pflichttreue und auch Bestrebens für das richtige Verhältnis gegenüber den Vorgesetzten. Wir wollen und werden nicht dulden, daß die Disziplin, daß der gute Geist unserer Beamtenschaft durch einen Teil verführter Beamten untergraben und damit eines der Hauptfundamente des preussischen Staatswesens erschüttert wird. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Dr. Schmieding

berichtet über die Verhandlungen der Kommission, wobei er auch auf den Berliner Beamtentag eingeht und die Beschlüsse nahezu eine Vergewaltigung des Landtages nennt. Die Kommission habe zwei Resolutionen angenommen, von denen die eine mit Einführung der neuen Besoldungsordnung es allen an höheren Unterrichtsstellen angestellten Lehrpersonen zur Pflicht macht, ohne besondere Vergütung sonder Unterrichtsstunden zu erteilen, wie es die Lehr-Ansicht erfordert, d. h. die sogenannten besoldeten Lehrstunden abzuhalten und deren zweite das vom Abgeordnetenhaus angewandte System der Gleichstellung der atemisch gehaltenen höheren Beamten im Endgehalt grundsätzlich verwirft.

Oberbürgermeister Dr. Lenzke-Magdeburg beantragt die Zulagen für Regierungsräte nur dann zu geben, wenn diese gehobene Stellen ausfüllen.

Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben

erklärt sich für diesen Antrag.

Dr. v. Dziembowski

stellt einen Vermittlungsantrag, die Zulagen dem dienstältesten Dritten der Regierungsräte zu gewähren.

Zustizminister Bessler

befürwortet den Antrag Lenzke, da die Gleichstellung der Regierungsbeamten mit den Richtern im Vorjahre beschlossen worden sei.

Professor Dr. Voening-Halle:

Das Richterbesoldungsgebot ist im Vorjahre einstimmig angenommen worden. Deshalb sollte man jetzt an der lang erprobten und endlich erreichten Gleichstellung von Richtern und Regierungsräten nicht zurückzutreten die Richter rüdeln. Es handelt sich hier nicht um kleine Einzelgehälter des Richtertandes, sondern um die Aufrechterhaltung eines großen und wichtigen Prinzips. Nach langer Debatte wurde der Antrag Lenzke mit großer Majorität angenommen.

Professor Hillebrandt-Breslau

begründet einen Antrag, den Professoren aller Landesuniversitäten, die für ihre Vorlesungen eingehenden Honorare bis zu 3000 Mark, von 3-4000 Mark zu 75 Prozent und von dem darüber hinausgehenden Betrage die Hälfte zu gewähren, also die Ausnahmestellung Berlins zu bestätigen.

Geheimrat Eiser

bekämpft namens der Regierung diesen Antrag. Die Regierung legt Wert darauf, die Berliner Universität auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten und möchte daher nicht den Weg einer mechanischen Gleichmacherei beschreiten.

Professor Dr. Küster-Marburg

hält den jetzigen Zustand für eine Verozugung Berlins und tritt für den Antrag Hillebrandt ein, da sonst die Provinzialuniversitäten zweiten Ranges würden.

Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben:

Die wissenschaftliche Bedeutung einer Universität wird dadurch, daß die Professoren etwas höhere Bezüge haben, nicht berührt. Berlin hat ein historisches Recht auf höhere Bezüge.

Professor Dr. Reinte-Riel

befürwortet die Gleichstellung der Provinzialuniversitäten mit Berlin. Der Zulauf, den die Berliner Professoren haben, weil sie in der Haupt- und Residenzstadt leben, brauche nicht noch künstlich gefördert zu werden.

Kultusminister a. D. Dr. v. Studt

erklärt, daß er ganz auf dem Standpunkt des Finanzministers stehe.

Professor Dr. Vorhers-Wachen und Graf von von Baronsburg

sprechen sich für die Beteiligung des Privilegs der Berliner Universität aus.

Finanzminister Fehr. v. Rheinbaben

weist noch einmal darauf hin, daß der Antrag Hillebrandt die Berliner Universitätsprofessoren um mehr als 1000 Mark im Jahre schwerer stelle, als die Professoren an den technischen und landwirtschaftlichen Hochschulen. Das müsse bei den Professoren der ersten Landesuniversität mit Recht Erbitterung hervorgerufen.

Hierauf wird der Antrag Hillebrandt mit großer Mehrheit angenommen, dagegen wird ein Antrag Vorhers-Wachen abgelehnt, der die Vergütung der Charlottenburger Technischen Hochschule befestigen wollte.

Die Beamtensbesoldungsfrage wird im ganzen angenommen, ebenso die beiden Resolutionen der Kommissionen. Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr (Verzögerung aufgehoben).
Schluß 6 1/2 Uhr.

Der Sultan abgesetzt.

A-K. Die Tragödie von Jildis Klost ist zu Ende. Der Mann, der durch mehr als drei Jahrzehnte im Glanze einer fast göttlichen Verehrung sich hinstreckte, ist durch einen kalten, knappen Befehl der Volksvertretung des Thrones entsetzt und wird vielleicht in Kürze als ein armer Sünder vor seinen Richtern stehen. Die Sprache ist zu arm, um das Gewaltige, Erschütternde dieses Ereignisses in Worte zu fassen. Der Kalif, der Sohn des Propheten, als Angekletter! Ein Tag, der das vollbrachte, ist mit ehernen Letztern in das Buch der Geschichte geschrieben.

Nach ist es unmöglich, auch nur im entferntesten die Folgen der Entthronung zu übersehen. Schwerwiegende Fragen drängen sich auf. Kommt der Freiheitskampf, der gegenwärtig das Osmanenreich durchbraut, aus dem Herzen des Volkes? — Werden die Männer, die mit bewundernswürdiger Kraft den zähen Widerstand der Reaktion zu Boden warfen, werden sie imstande sein, aus den Ruinen eines neuen Leben zu erwecken? — Oder wird binnen kurzem abermals das Gespenst des Bruderkrieges blutig sein Haupt erheben? — Wir wissen es nicht. Das aber wissen wir, daß die Jungtürken, wenn sie ihr Werk vollenden sehen wollen, ein Wort vor allem auf ihre Fahne schreiben müssen: Humanität!

Humanität und Gerechtigkeit! Das ist es, womit die Führer des türkischen Fortschritts dem überfälligen Europa zeigen sollen, daß sie mehr sind, als fegestrunkene Feuerschöpfe. Was, die Jungtürken bisher getan haben, ist ein Zeugnis ihrer Vaterlandsliebe und selbsthaften Tapferkeit; was ihnen jetzt noch zu tun übrig bleibt, wird der Prüffstein ihrer politischen Reife sein.

Der Beschluß des Parlaments,

den Sultan des Thrones verlustig zu erklären, wird in der folgenden Drahtmeldung übermittelt:

Konstantinopel, 27. April. Auf Befehl der Nationalversammlung ist Abdül Samid heute abgesetzt worden. Obwohl die Armee an dem Zustande kommen dieses Beschlusses nicht mitgewirkt hat, wird sie seiner Ausführung keinen Widerstand entgegensetzen. Nefzad Effendi wird vermutlich noch heute als Mohammed der Fünfte den Thron besteigen. In Galata sind große Unruhen verübt worden, das mit Nefzad auf seiner Fahrt unbehelligt durch die Massen gelange. Es zirkuliert auch schon die neue Ministerliste. Danach wird Ahmed Nijaz Großwesir. Das Ministerium des Aushern bestommt Nifazat, das des Innern Hilmi. Husse in Bagdad wird Unterrichtsminister, Bitaks Forstminister.

Nachdem das Parlament seine Entscheidung über die Absetzung ausgesprochen hat, wird es weiter über

die Zukunft Abdul Hamids

zu beraten haben. Am wahrscheinlichsten ist es, daß man ihm in irgend einem prächtigen aber entfernten gelegenen Palaße einen Ruheort anweist, falls man seiner überhaupt habhaft wird. Zur Stunde weiß man nicht einmal, wo der Sultan sich befindet. Hierzu berichtet ein Telegramm:

Konstantinopel, 27. April. Es ist zweifelhaft, ob der Sultan überhaupt noch in Jildis weilt. Vielleicht ist er entflohen, da auch die Leibwache, die eine Person eng umgibt, die der anatolischen Türken (Soegnetis) abgehört worden ist. Ein Dampfboot, das vom Jildis zum russischen Anlegesteg fuhr, wurde von Dolmanogitsch aus von einem Torpedoboot vergeblich verfolgt. Falls der Sultan nicht darauf ist, befindet sich vielleicht einer seiner Söhne auf dem Schiffe.

Wenn es nach dem Willen des dritten Armeekorps ginge, so dürfte es um das Leben Abdul Samids geschehen sein. Tatsächlich fordern die jungtürkischen Truppen nichts Geringeres als

Hinrichtung des Sultans.

Konstantinopel, 27. April. Offiziere sowohl wie Soldaten sind in der seltenen Zuerstigt nach Konstantinopel gekommen, daß mit dem Sultan endgültig aufgeräumt werden wird. Sie sind gegen eine bloße Absetzung und verlangen die Hinrichtung des Sultans. Sie — den sogar so weit, zu fordern, daß die Teile seines Reichsname über alle Provinzen zerstreut werden zum Wahrgenissen des endgültigen Schlußes der hamidischen Schredensherrschaft.

Die wichtigste Frage bleibt nunmehr, wer die Nachfolge antreten wird. Falls nicht unerwartete Ereignisse sich einstellen, dürfte nur

Keschad Effendi als Chronfolger

in Betracht kommen. Die Nachricht von den Salutsschüssen, die seine Thronbefestigung verkünden, wird stündlich erwartet:

Konstantinopel, 27. April. Auf den Straßen Galatas steht das Volk, Spalier bildend, und wartet auf Keschad, der nach dem Parlament fahren soll, um den Eid auf die Verfassung zu leisten. Das Parlament tagt seit 8 Uhr. Man erwartet die 101 Schüsse, die die Absetzung Abdul Hamids und die Einsetzung Keschad dem Volke verkünden sollen. Jedoch ist immer noch denkbar, daß die Ereignisse einen anderen Gang nehmen.

Das Strafgericht der Jungtürken

nimmt leider Formen an, die geeignet sind, die Sympathien, die das Jungtürkentum sich rasch erworben hat, wieder abzuschwächen. Daß die Aufgabe, welche die Saloniker Truppen zu lösen haben, rücksichtslose Strenge erfordert, steht außer Frage. Aber diese Strenge darf unter keinen Umständen ausarten in Grausamkeit und Willkür. Und fast scheint es — nach den vorliegenden Meldungen — daß es die Jungtürken bei ihrem Nachhug an der nötigen Besonnenheit und Mäßigung fehlen lassen:

Konstantinopel, 28. April. Die Würdenträger des Jildis, darunter der erste Sekretär des Sultans, Ali Dschemad-Bey und der Oberstallmeister Jais Pascha sind jetzt verhaftet. Der letztere, obgleich er als ein fairer Mann bekannt ist. Die Gefangenen wurden erst mit dem Jaturalier Färta beauftragt. Der Flügeladjutant Schafik Pascha beging Selbstmord. Heute abend werden andauernd Mordverhandlungen vor-

genommen. Zahlreiche Reaktionen, angeblich vierhundert, sind heute bereits verhaftet worden.

Konstantinopel, 27. April. Prinz Sabah Eddin ist mit seiner ganzen Familie verhaftet worden. Der Prinz wird jedoch nach dem Kriegsministerium gebracht.

Ausland.

Die ungarische Krise.

Das zurückgetretene ungarische Kabinett wird Anstrengungen machen, um von neuem ernannt zu werden. Der bisherige Minister des Innern Graf Andrássy möchte sein Minimalitätswahlrecht durchbringen, weil er mit Recht befürchtet, daß eine andere Regierung dieses Wahlrecht fallen lassen werde. Der bisherige Handelsminister Kossuth möchte gern seine Partei an der Macht behalten, der bisherige Ministerpräsident Welele möchte die Bankgemeinschaft retten. Grund genug also für alle drei, um weiter im Werte zu verbleiben. Auch die Krone würde das Verbleiben des Kabinetts nicht ungern sehen, damit endlich das Wahlgesetz fertig werde. Ueber andere Vorschläge heute zu sprechen, wäre verfrüht. Ehe nicht der Kampf Kossuths und Opponits mit ihrer eigenen Partei in der Bankfrage endgültig entschieden und nicht vollkommen klargelegt ist, ob die äußerste Linke in der Bankfrage eintreten will oder nicht, werden keine weiteren Schritte zur Lösung der Krise unternommen werden.

Frankische Stimmen über die Rette Italiens.

Das sozialistische Blatt „Rette Repubblica“ drückt ein allgemeines Gefühl aus, wenn es über die Rette der Rette des Präsidenten Kallieres schreibt: „Man will alle in Frankreich die keine Aufmerksamkeit der Könige von Spanien und Spanien, die Schiffe zur Begrüßung des Staatsoberhauptes nach den französischen Gewässern geschickt haben. Inmitten unserer inneren Schwierigkeiten, die wir mit Italien und Selbstvertrauen überwinden werden, ist es uns eine wahre Seelenfütterung, festzustellen, daß in den Augen des Auslandes Frankreich ein Vereinigungspunkt ist und bleibt und unsere freudlichen Gefühle und rechtschaffensten Absichten von niemand mehr angezweifelt werden.“

Halle und Umgebung.

Halle a. S. 28. April.

Praktische Sanierung alter Stadteile.

Auch im Trübelviertel regt sich schülerneues Leben. Im Sperlingsberg verheimlicht zuzeit eine der alten üblen Baracken und ein Neubau soll an seine Stelle treten. Ob aber wirklich zu hoffen steht, daß dort sich so bald zwischen den Trümmerstätten eine umfassende rege Bautätigkeit entwickelt und die Sanierung vollendet wird? Wir glauben noch nicht so recht daran.

Interessant ist es, wie in Spremberg die städtischen Behörden die Sanierung alter Stadteile fördern. Die Stadt Spremberg gewährt neuerdings Hausbesitzern, die alte oder baufällige Häuser durch Neubauten ersetzen wollen, aus städtischen Mitteln Hypothekendarlehen bis zu 75 Prozent der Feuerversicherungssumme. Vorläufig sind 50 000 Mark bereitgestellt. Der Zinsfuß beträgt 4 Prozent, die Tilgung hat in den ersten 5 Jahren mit 1/4 Prozent, später mit 2 Prozent zu erfolgen.

Dieser Beschluß der städtischen Behörden wird gewiß viel dazu beitragen, daß Hausbesitzer, denen bisher die Beschaffung der nötigen Geldmittel sehr schwer wurde, jetzt mehr zur Verbesserung der Straßen beitragen.

Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen.

Den am Montag abend im „Schultheiß“, Volkstraße, verammelten Freunden und Mitgliefern des Evangelischen Bundes berichtete Generalsekretär Dr. Braeunlich über die Tätigkeit des Zentralvorstandes, dessen Sitz ebenfalls hier in Halle ist, während des letzten halben Jahres.

In zahlreichen Sitzungen und Verhandlungen, unter der Leitung des ersten Vorsitzenden, Generalleutnant v. D. Cz. von Oeffel, wurde über die Maßnahmen zur Wahrung der höchsten Güter der evangelischen Kirche und des evangelischen Volkes beraten. Die Zentrale des Bundes arbeitet im eigenen Hause, Volkstraße 28, unter der Leitung des Generalsekretärs Braeunlich, Reichstagsabgeordneter Dr. Gering, um die Zwecke und Ziele des Bundes dem deutsch-evangelischen Volke nahebringen in Wort und Schrift, durch Presse und Vortrag. Die Pflege der Organisation des Bundes (240 Ortsvereine mit 39 Hauptvereinen), die Anregung zur Befähigung in diesen Vereinen, die weitere Ausbildung des Bundes durch unablässige Werbetätigkeit, die Verendung der regelmäßig erscheinenden Blätter, die Vortragstätigkeit, erfordern eine immer umfangreicher werdende Kleinarbeit. Die Zahl der Beamten ist infolgedessen bereits auf 18 (6 familiell gebildete und 12 technische) angewachsen. Die Sendungen der Zentrale betragen im Kalenderjahre 1908 über 18 000 Briefe, 256 000 Drucksachen und 11 000 Postpakete und Ballen, zusammen 255 000 Sendungen. Am die Protestanten im Deutschen Reich zu sammeln, zu vereinigen und die den wohlorganisierten Massen der Ultramontanen und der Religionsindifferenten wehrhaft gegenüberzustellen, mußte nach viel geschehen. Deshalb sollte jeder Evangelische sich auf seine Pflicht besinnen, auch hier mitzubehelfen je nach seiner Kraft.

Redakteur Winter hielt sodann mit einem eingehenden Referat:

„Um das Recht des Religionsunterrichts“, Ultramontanismus und konfessioneller Frieden“ bildete, die Anwesenden in Spannung und zeigte die Wahrheit des Schillerischen Wortes: Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt! Redner führte aus: In zwischen Stunde, da man auf dem letzten Rathschestage in Düsseldorf die „im Glauben getrennten Brüder“ der katholischen Friedenslieber verheißt und zum Bündnis gegen die „gemeinlichen Feinde des Christentums“ auffordert, begannen die „kollektive Volksetzung“ und ihre Tradanten ein wohlorganisierteres Vorgehen gegen den evangelischen Religions- und Konfessionsminderunterricht, gegen den evangelischen Arbeiter- und

Abhandlung gegen die Wissenschaft und den Protestantismus überhaupt in einfach empfindlicher Form. Welche diese Duse und andere Aufsätze sind, die an hinterhältiger Schamung und Verächtlichkeit das Menschennützlichste leisten, gingen Wochen hindurch ins Land; jeder Versuch der Nachprüfung wurde von den Denunzianten unmöglich gemacht; aber man forderte trotzdem von der Regierung die Umgestaltung des evangelischen Religionsunterrichts in Schule und Kirche nach lutherisch-ultramontanen Prinzipien. In unerhöht dreifacher Weise greift der Ultramontanismus zum ersten Male systematisch die evangelische Kirche und jede auf nicht-ultramontaner Grundlage aufgebauete Kirche in dem Herrn Herz Reichlin, einer vom reinen nationalen Erziehung, an. Diese Aktion hängt zweifellos mit der durch die Enciclica Pasendi gefestigten Verfolgungsjagd der katholischen Kirche zusammen und zeigt vor allem dem protestantischen Volk an einem Beispiel ultramontanen Selbstbekenntnisses, das nur einen neuen Ausbruch kirchlicher Machtwörter ankündigt, das wahre Gesicht dieses Feindes seiner Kirche, Weltanschauung und Kultur und warnt eindringlich vor erneuerter Auslieferung der deutschen Reichspolitik an das Zentrum, diesem Handlanger des Ultramontanismus.

Der erste blühende Strauch des Frühlings, die Forsythie, leuchtet jetzt aus den Gärten und Anlagen weithin mit ihren mit hochgelben Blüten reich besetzten schlanken Zweigen. Auch der Tulpenbaum, die Magnolie, zeigt jetzt schon ihre Blüte mit weißen Blüten, die sich bald zu den prächtigen Blüten entfalten werden. Schlehen und Kirchgäule zeigen vielfach schon Blütenhülle. Welche Freude für den Naturfreund — wenn man es nur fertig bräde, die blühenden Zweige am Strauch zu lassen und nicht arbeitsweise abzuschneiden! Schützt Vögel, Tiere und — Pflanzen!

Der erste Kauderwasch ist jüngst in der Heide vernommen. Aber leben ließ sich der schlau Frühlingskinder nicht, obwohl ihm die Kästerei der Bäume das Verstecken nicht gerade leicht machte. Nach manchen mag er zum Karren halten, der da glaubt, den Falter vor sich zu haben, und immer wieder erkennt, daß er gefehlt ist, bis der schlauke nicht mehr und ärgert die Suche auf. „Kauderwasch“ heißt's auch nach Wab — und manches überflüssige Gemüt schüttelt seine Gebärde, damit sie niemals leer werde.

Der Feldverein hatte gestern Abend seine zahlreichen Mitglieder, Freunde und Gäste zu einem Lichtbildvortrag über die Heide in das Maltheater eingeladen, das bis auf den letzten Platz besetzt war. Herr Zwickler leitete, der Vorleser, wußte in fesselnder Weise die große Zahl der prächtigen Lichtbilder mit beleuchteten Texten zu beleben und immer neues Interesse für die Heide bei allen Anwesenden zu erwecken. Man spendete seinen Ausführungen reichen Beifall, und Alt und Jung freute sich an den Schönheiten unserer Heide.

Gerichtsverhandlungen.

Prozess Friedberg-Wohn.

Berlin, 27. April. Heute hielt Staatsanwalt Dr. Kleemann sein Hauptverhandlung. In fünfjähriger schwerer Arbeit haben wir uns gemeinsam bemüht, das umfangreiche Material, das uns vorlag, durchzugehen. Die Sachverhalte haben eine geradezu unermessliche Kritik an dem geschäftlichen Verfahren der Angeklagten geübt, und darin fanden die Sachverständigen der Anklage nicht allein, sondern diese Kritik wurde auch von den Sachverständigen der Verteidigung geteilt. Es liegt mit nun ob, das Fazit zu ziehen. Und da glaube ich, daß das Urteil, welches in einigen Tagen gesprochen werden wird, im Einklang stehen wird mit jener vernünftigen Kritik der Sachverständigen. Ich halte die Anklage im wesentlichen und in der Hauptlage aufrecht und mobilisiere sie nur in einigen weniger wesentlichen Punkten.

Der Antrag des Staatsanwalts lautet förmlich: für Friedberg drei Jahre Gefängnis, 30 000 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrenhaft; für Wohn ein Jahr neun Monate Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe.

Meine, 27. April. (Ein Blinder zum Tode verurteilt.) Das Schwurgericht verurteilte den Dreifachspieler Johann Mann wegen Mordes zum Tode. Mann, der vollständig erblindet ist, hatte am Abend des 27. Januar im Gemeindefest in Schmitz seinen Großvater, den 57jährigen Dreifachspieler Anton Feine, durch drei wuchtige Peitschschläge auf den Kopf getötet. Er verübte die Tat, weil er glaubte, daß sein Großvater ihn beim Anlauf einer Dreifachspiel betrogen habe.

Provinzial-Nachrichten.

* Merseburg, 25. April. (Von neuen Seminargebäude.) Voraussichtlich mit Beginn des Wintersemesters wird das neue Seminargebäude bezogen werden, auch sollen die drei Präparandenstellen im neuen Seminar ihre Unterrichtsarbeit mit erhalten. Sämtliche Schüler wohnen im Externat.

Weißenfels, 27. April. (Die Wachs- und Schließgesellschaft.) In wieder einmal schlafen gegangen. In unserer Stadt wollen die Wachs- und Schließgesellschaften keinen rechten Fuß fassen. Wiederholt haben sich, dem „Tagblatt“ zufolge, auch mehrere Unternehmungen bemüht, vielfach auch aus unzureichender finanzieller Mittel, nach zwei Monaten von der Gotthard-Gesellschaft ergriffene Unternehmungen ist vor ungefähr 14 Tagen schlafen gegangen. Die Inhaber haben Weißenfels verlassen. Das Geschäft haben auch hiesige Personen für 120 Mark übernommen; es muß also glänzend sein. Von einer wirklich fortwährenden Ueberwachung kann bei der Ausdehnung unserer Stadt durch eine solche ungenügende Organisation also wohl keine Rede sein. Jetzt soll das ganze Personal gar aus einem Wälder bestehen.

* Starkefeld, 26. April. (Münzenfund.) Als man vor einiger Zeit den Grund zu einem neuen Hause grub, fand man ungefähr 1 Meter tief in der Erde einen Topf mit annähernd 200 Silbermünzen. Dieselben stammen aus dem Ende des 17. Jahrhunderts. Der Topf befand sich ungefähr 1 Meter vor dem Eingange des alten, abgetroffenen Hauses.

(1) Weiden (Magdeburg), 26. April. (Den Sudererschließen.) Die ledige Schulmutter hat gestern ihre ein Pfund erfordert. Der etwa 15jährige August Bonidie ist nachmittags

an seines Vaters Hof mittels Leinwand nach einer Scheibe. In demselben Augenblick, als er abdrückte, ließ sein vierjähriger Bruder vor das Ziel und die Kugel drang dem Jungen in das Gehirn. Er starb nach einigen Stunden.

* Weiskirchen, 26. April. (Zum Bau eines vaterländischen Denkmals.) In einer Sitzung des Fonds erörterte, dem aus kommunalen Mitteln jährlich 1000 Mark überwiesen wurden, und der gegenwärtig die Höhe von ca. 12 000 Mk. erreicht hat. Die zuständige Kommission hat sich mit dem Professor Weiskirchen, dem Schöpfer des hiesigen Gedenkmals, zur Ausführung eines Entwurfs in Verbindung gesetzt.

— Nordhausen, 27. April. (Ein Vater.) Verhaftet wurde der Magistratsarbeiter Köppler aus der Frierstraße, dessen Frau im Krankenhaus liegt. Der gemißtote Vater hat sich an seiner 15jährigen Tochter vergangen.

* Stangerode, 26. April. (Forellendiebstahl.) In vergangener Woche wurden hier in großer Menge Forellen gefangen. Angeblich hat einer der Täter in Hettfeld 65 Pfund Forellen verladen. Auch sind in Hettfeld Forellen verkauft worden.

(?) Söstenleben, 26. April. (Maschinenöltaum.) In letzterem Vorfall wurde ein Arbeiter erkrankt, der nur einige Zeit in einem Ort der Umgegend. In einem Maschinenbaubetriebe wurde zum Schmierer der Maschinen mangels anderen Oeles das auch vielfach im Haushalt zur Verwendung gelangende ordinäre Öl gebraucht. Es war nun aufgefallen, daß von dem Öl immer etwas verschunden war, ohne daß man den Diebhaber ermitteln konnte. Da kam der Befehl auf einen rettenden Einfall und beim Anfordern der nächsten Lieferung wurde derselben ein geringes Quantum Petroleum zugelegt. Schon am nächsten Morgen meldet sich ein Mann vom Personal bei dem Maschinenmeister mit der Anfrage, was ist denn mit dem Maschinenöl passiert, ich kam mit ein better-taum Butterfaden reherwert. Aber vor Petroleum gelangt konnte ed hat Zeug nicht genoten!

* Apolda, 25. April. („Ich kann warten!“) sagt Kirchner. Die Angelegenheit der Regelung der Gehalts- und Pensionsverhältnisse unseres Oberbürgermeisters hat nun schon in drei Sitzungen des Gemeinderats auf der Tagesordnung gestanden, ohne daß sie noch stundenlangen Debatten erledigt worden wäre. Am 25. März wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung öffentlich weiter darüber zu verhandeln. Am 7. April schiederte die Entscheidung daran, daß schon bei der Abstimmung über eine Vorfrage sich Stimmengleichheit ergab. Und gehen wir es wieder nicht anders: Stimmengleichheit bei der Abstimmung, die Sache auf ein Jahr zu verlagern. Am zu diesem Antrag sind nun schon vier namhafte Abstimmungen erfolgt.

* Schütz, 26. April. (Hafenkatastrophe in Bismarckhafen.) Nicht erheblichen Schaden haben diesen Winter die Hafen in neuerichteten Bismarckhafen bei verursacht. Ueber 100 der schönsten jungen Eichen und auch andere Bäume sind durch Anagen der Rinde zum Absterben gebracht worden.

* Eisenach, 27. April. (Direktor Schiller von den Thüringer Tonwerken) bei Eisenach, der nach Unterschlagung von 50 000 Mark geflüchtet war, ist bei Babel verhaftet worden.

(1) Bad Lauterberg, 25. April. (Goldene Hochzeit.) Das Fest der goldenen Hochzeit beging heute das Pensionär C. Langehe Ehepaar. Der Herzog von Cumberland schenkte dem Jubelpaar eine Prachtbibel.

* Köthen, 26. April. (In der Gemeinderats-sitzung) am Sonnabend Abend wurde beschlossen, den erst kürzlich aufgestellten Gehaltsentwurf für Benutzung des Viehmarkts durch Ausschleifer einer Kommission zu unterziehen, da diese Sache so hoch hinauf nach die Ausschleifer, wie es sich erst kürzlich gezeigt hat, gänzlich vertrieben. Am 20. Juni findet hier das Deutsche Verbands-Schimmelfest statt, dessen Arrangement der Verein Reptun-Deffau übernommen hat. Es haben dazu bereits etwa 30-40 Vereine ihr Erscheinen zugesagt, darunter die bekanntesten Sportverbände aus Magdeburg, Dresden, Leipzig, Halle, Deffau, Verburg, Hannover, Frankfurt usw. Die Stadt bewilligte einen Ehrenpreis von 50 Mark und eine silberne Stadtmedaille.

— Zittau, 27. April. (Religiöser Wahn.) Während des Vormittagsgottesdienstes am Sonntag wurde der Hausbesitzer Wilhelm Böllner im nahe Weiskirchen vom religiösen Wahninfall befallen. Er heftig plötzlich die Kanzel und griff den Pastor Dr. Kühn, der gerade predigte, unter schwerer Beleidigung tätlich an. Nur mit Mühe konnte Böllner von mehreren Männern aus der Kirche gebracht werden.

Vermischtes.

Hauptmannsdichter und Ordonnaus.

In einem vornehmen Viertel von Versailles, im Quartier St. Louis, hat sich ein tragisches Ereignis abgepielt, das nach der Auffassung bedarf. In einer Villa wohnte der Artilleriehauptmann Briard mit zwei Töchtern im Alter von neunzehn und sechzehn Jahren. Gestern früh fuhr Briard mit seiner jüngeren Tochter nach Paris, um einer Hochzeit beizuwohnen. In der Villa blieb nur die neunzehnjährige Suzanne und die Ordonnaus, Delice Briol, ein Artillerieoffizier, zurück. Während Suzanne in ihrem Zimmer arbeitete, hörte sie plötzlich Briol auf der Treppe rufen: „Fräulein Suzanne!“ Sie öffnete die Tür, sah den Burgen in großer Erregung vor sich stehen und wurde plötzlich von ihm ins Gesicht geschlagen. Dann zog der Soldat seinen Revolver hervor und gab die Schüsse auf das junge Mädchen ab, das sich schreiend zur Wehr setzte. Im Kampf mit dem Wörder stürzte die Dame die Treppe hinunter und brach blutend zusammen. Als Nachbarn herbeikamen, war Briol verschwunden. Er hatte sich in einem Kellerwinkel versteckt und wurde erst nach langem Suchen aufgefunden. Er verteidigte sich wie ein Wahnsinniger gegen die Polizisten und machte den Eindruck eines geistig Geirrten. Ueber das Motiv der Tat weiß man noch zu erfahren, daß er Suzanne seit zwei Wochen in die Gefangenheiten hatte, weil sie ihn einen Verriaten genannt habe. Es wird erzählt, Briol habe der Tochter seines Herrn nachgestellt, und Suzanne soll sich bei ihrem Vater darüber beklagt haben. Er steht in dem Rufe eines faulen und unzuverlässigen Soldaten. Das junge Mädchen ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verwundet. Der Vater erfuhr das Ereignis erst, als er bereits aus Paris zurückkehrte.

Ueber das Attentat des Japschneiders, das im Zuge zwischen Sonneberg und Koburg bekanntlich gegen ein

junger Mädchen verübt wurde, erfahren wir folgenden Jahres: Den Zug, der 2 Uhr 5 Minuten aus Koburg nach Sonneberg fährt, benutzte auch die die höhere Tochter in Koburg belühende Tochter des Arztes Doktor Simon aus Sonneberg. Das etwa 15jährige Mädchen trug einen hinteren Korb, während der Fahrt, kurz hinter Sonneberg, sprang ein moetter Mann auf den Zug, öffnete das Mittel- und setzte sich dem Mädchen, das allein im Coupé saß. Er fragte sie, wie sie wohne, wo sie wohne und wohin sie fahre. Während der Unterhaltung griff er sie plötzlich an, verstopfte ihr den Mund und erklärte ihr, er werde sie niederlegen, wenn sie schreie würde. Dann nahm der Mann eine lange Schere heraus und schnitt ihr den Kopf bis zur Schulter ab. Dann nahm er seine Wäsche ab und ging auf das Mädchen zu, um sie zu fassen. Diese wich bis zur Tür zurück und in demselben Moment machte sich im Nebenraum ein Geräusch bemerkbar, worauf der Täter, übrigens ein sehr junger Mensch, die Wagentür öffnete und hinaus sprang. Den Kopf hatte er vorher zu sich gefasst. Auf dieser Strecke waren bereits früher wiederholt Belästigungen von Frauen und Mädchen vorgekommen. Gendarmen und Polizei verfolgten die Spuren des Mannes, bisher jedoch ohne Erfolg.

Ein Dorf in Flammen. In dem Dorfe Thiemendorf bei Krossen an der Oder brach ein Feuer aus, dem in kurzer Zeit sechzehn Gehöfte zum Opfer fielen. Zahlreiches Vieh fand dabei den Flammenmord. Das Feuer ist auf Brandstiftung zurückzuführen.

Luftfahrt eines Reichstagsabgeordneten. Am Sonnabend leistete sich der konservative Reichstagsabgeordnete Wilkens von Berlin aus eine Luftfahrt mit dem Ballon „Tschudi“ des Berliner Luftschiffvereins, die kurz vor Danzig, der Heimat des Reichstags, infolge eines Gewitters mit unfeindlicher Landung endete. Der Ballon hatte 300 Kilometer in 6 Stunden zurückgelegt, war also mit einer Stundengeschwindigkeit von 65 Kilometern geflogen.

Unfall beim Rennen. Bei den letzten Rennen des Berliner-Potsdamer Reitervereins für die Offiziere der Potsdamer Garnison ereignete sich ein Unglücksfall. Der Oberrentier Ritter und Coler v. Roggier von den Leibgarderegimenten überfiel sich mit dem Pferde und blieb bewußtlos liegen. Im Krankenhaus wurde ein komplizierter Oberschenkelbruch festgestellt.

Gefährlicher Tod eines Oberfeldjens. Als der Obersteiger Bräuner auf der Bergmühlgrube (Oberhieschen) in den Schacht hinuntersteigen wollte, rief plötzlich das Seil und die Schale kassete ca. 200 Meter tief in den Schacht hinab. Man fand den Bergmühlgruben unter vollkommen verfallener Verhältnisse als Leiche vor.

Letzte Nachrichten.

Das Schicksal des Sultans.

Paris, 27. April. Der „Temps“ erhält ein Telegramm aus Konstantinopel, nach dem Abdul Hamid bereits nach Klein-Asien gebracht worden sein soll.

Konstantinopel, 27. April. Sämtliche Frauen des Sarems wurden außerhalb des Jildis Klosters untergebracht.

Das neue Kabinett.

Konstantinopel, 27. April. Nach einer eben ausgegebenen Note wird der bisherige Präsident der Kammer Ahmed Riza als Großvezir, Djafer als Finanzminister und Djafer als Unterrichtsminister. Die übrigen Portefeuilles bleiben in der bisherigen Händen. — Im Gegenzug hierzu berichtigt ein Telegramm der „Frankfurter Zeitung“, daß der Generalkonsul Scheu v. Walschka ernstlich für den Posten des Großvezirs in Frage komme.

Das Strafgericht.

Konstantinopel, 27. April. Die Kriegsgerichte sind in voller Tätigkeit. Die Soldaten, die sich an den Meutereien nicht beteiligt haben, werden in die Saloniki Regimenter eingereiht. Die übrigen, die Widerstand leisteten, sowie die Urheber oder Berater, Offiziere und Beamte, werden vor das Kriegsgericht gestellt. Einige Rebellen und Spione wurden gefangen genommen. Auch in der Vorbereitung wichtiger Verhandlungen vorgekommen. Die Zahl der Verhafteten wird schätzungsweise zwischen 1000 und 2000 angegeben. In Saloniki trafen bereits mehrere Züge mit Verhafteten ein.

Baron Bienerth über Deutschland und Oesterreich.

Wien, 27. April. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gab der Ministerpräsident v. Bienerth einen Überblick über die auswärtige Lage. Er beschränkte die brennende Frage als erledigt. Die Beziehungen zum südböhmischen Nachbar der Monarchie sind wieder friedlich hergestellt und die Treue des Deutschen Reiches hat sich glänzend bewiesen. Das deutsch-österreichische Bündnis hat sich als klangvolles Instrument im europäischen Konzert erwiesen und bildet die beste Garantie für den Frieden.

Massenentkennungen in der Mezer Garnison. Meß, 27. April. Wie die Blätter melden, sind 160 Soldaten des hiesigen Fußartillerieregiments Nr. 12 angeklagt durch den Genus verdorbenen Wurst pflichtig erkrankt.

Streik in der hiesigen Spiegelglasindustrie. München, 27. April. In der Allgemeinen Spiegelglasindustrie „Bayern“ sind die Arbeiter in den Aufstand getreten. Bereits in mehreren hiesigen Spiegelglasfabriken wurde der Betrieb eingeleitet, da die Verhandlungen wegen Besserung der Verhältnisse erfolglos blieben.

Elf Personen durch Explosion getötet. Mailand, 27. April. Bei der Explosion des Dampfers „Boca“ wurden elf Personen getötet.

Verhaftung von 22 vertriebenen Nationalisten. Teheran, 27. April. Der Schah hat in letzter Nacht 22 Nationalisten in Schah Abdul Krim bei Teheran verhaftet.

Unterhaltungsblatt.

Die Wirtin im Sun. Erzählung aus der Federwelt von Arthur Kleinert. (Fort.) — Der geliebte Name. Von Carl Wulde. (Fort.) — Bunte Zeitung: Sonnenthal. Anekdoten. Ueber die spiritistischen Phänomene. — Literatur.

